

Marianne Müller und Martin Werding

Die Herbert-Quandt-Stiftung hat im Juli 2006 ein Projekt zur Erforschung der Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland und ihrer Perspektiven für die Zukunft initiiert, bei dessen Bearbeitung Zeitgeschichtler (Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin), Soziologen (Prof. Dr. Stefan Hradil, Universität Mainz) und Ökonomen des ifo Instituts miteinander kooperierten. Der vorliegende Artikel fasst den Beitrag des ifo Instituts zusammen, der im April 2007 in der Studie »Zwischen Erosion und Erneuerung: Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland« (hrsg. von der Herbert-Quandt-Stiftung, Societäts-Verlag, Frankfurt am Main) erschienen ist.

In den vergangenen Jahren waren die deutschen Medien voll von Berichten über Massenentlassungen größerer Firmen. Betroffen waren davon nicht mehr weit überwiegend Geringqualifizierte, sondern zunehmend auch Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung, einschließlich solcher mit Hochschulabschluss, und nicht mehr nur Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe, sondern auch Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor. Diese Meldungen haben unter den weiterhin Beschäftigten ein beträchtliches Maß an Unsicherheit erzeugt. Auch der Einstieg ins Erwerbsleben erscheint, selbst im Bereich qualifizierter Beschäftigung, heute schwieriger als in der Vergangenheit.¹ Trotzdem ist offen, ob und in welchem Maße die Wahrnehmung eines gestiegenen Entlassungsrisikos bzw. einer zunehmenden Instabilität von Erwerbsverläufen auch im Bereich der gesellschaftlichen Mitte der Realität entspricht. Auch wenn die Arbeitsplätze von Angehörigen der Mitte objektiv sicherer sein mögen, als dies subjektiv erscheint, ist außerdem nicht klar, ob eine qualifizierte berufliche Tätigkeit nach wie vor laufende Steigerungen im Lebensstandard garantiert, wie es noch zu Zeiten des Wirtschaftswunders der Fall war. Geringe Lohnzuwächse, steigende Sozialbeiträge und ein (gefühlter) Inflationsanstieg nähren ebenfalls bei vielen Erwerbstätigen die Befürchtung, dass derzeit eher das Gegenteil eintritt. Der Beitrag geht daher auch auf objektive Befunde zu Veränderungen der Entwicklung der Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung ein.

Neben der relativen Position der gesellschaftlichen Mitte in Bezug auf andere gesellschaftliche Gruppen interessiert dabei auch, inwieweit innerhalb der »Mitte« bestimmte Konvergenz- oder Divergenztendenzen sichtbar werden.

Warum die Mitte? – Funktionen und Bedeutung

Ausgehend von aktuellen Gegebenheiten und Zukunftsperspektiven der Entwicklung von Wirtschaft und Erwerbstätigkeit in Deutschland zielt die Untersuchung auf die »gesellschaftliche Mitte der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft« und deren mögliche Veränderungen in jüngerer Zeit. Die Bedeutung der »gesellschaftlichen Mitte« kann daher einerseits an der zunehmenden Tertiarisierung der Wirtschaftsstruktur festgemacht werden, welche sich z.B. an der Entwicklung der Erwerbstätigen nach Sektoren seit den 1960er Jahren ablesen lässt. Damit einher ging eine deutliche Steigerung der Erwerbseinkommen von Angestellten und Beamten gegenüber Arbeitern. Aufgrund dieser Entwicklungen tragen die sozioökonomischen Gruppen, die hier der »Mitte« zugerechnet werden, überproportional zum Aufkommen der Sozialversicherungsbeiträge bei. Weiterhin entrichten Beschäftigte mit mittleren Einkommen einen Großteil der Einkommensteuern.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der »Mitte« lässt sich auch mit Theorien der politischen Ökonomie verdeutlichen. Nach dem bekannten Grundmodell von Anthony Downs (1957), das sich auf komplexere demokratische Prozesse anwenden lässt, werden Stimmen

¹ Vgl. dazu Berichte zur sog. »Generation Praktikum«, z.B. in: Die Zeit, 31. März 2005. Empirisch verhärtet lässt sich diese These allerdings vorerst nicht (vgl. HIS 2004).

maximierende Politiker ihre Wahlprogramme immer am so genannten Medianwähler ausrichten. Somit kann die gesellschaftliche Mitte einen entscheidenden Einfluss auf staatliches Handeln ausüben. Verstärkt wird der politische Einfluss der Mitte u. U. noch durch einen Einfluss auf die Politik, der den Mechanismus wiederkehrender Wahlen umgeht, z.B. durch *Lobbying*-Aktivitäten und direkte Repräsentation ihrer Interessen in Parlament, Regierung und öffentlicher Verwaltung. Die von Mancur Olson (1965) entwickelte Theorie der Interessengruppen besagt im Kern, dass sich klar umgrenzte, relativ homogene Gruppen mit übereinstimmenden Zielen in der Politik weit besser Gehör verschaffen können als instabile, heterogene Gruppen. In dem Maße, wie sich die gesellschaftliche Mitte von ihren Rändern her auflöst und in Untergruppen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Absichten zerfällt, kann ihr Einfluss auf die Politik allerdings auf kleinere Gruppen mit Partikularinteressen übergehen, während die politische Mehrheiten schaffende Mitte im politischen Alltag überwiegend zum Schweigen verurteilt wird.

Definition der »Mitte«

Um die Änderungen der ökonomischen Lage und der gesellschaftlichen Funktion zu illustrieren, denen die gesellschaftliche Mitte im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwei bis drei Jahrzehnte ausgesetzt war, werden hier Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) der Jahre (»Wellen«) 1984–2005 analysiert. Beim SOEP handelt es sich um eine Haushaltsbefragung, die es erlaubt, dieselben Personen über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Für den vorliegenden Bericht wurden nur Personen im erwerbsfähigen Alter (d.h. zwischen 18 und 65 Jahren) in die Analyse mit einbezogen. Die Stichprobe umfasst im Jahr 1984 somit 12 000 Personen und im Jahr 2005, ergänzt um Daten für Ostdeutschland, rund 20 000 Personen.

Um Personen der gesellschaftlichen Mitte zu identifizieren, werden hier mehrere Kriterien zugrunde gelegt, die alleamt unmittelbar von ökonomischer Bedeutung sind. Diese Abgrenzung ist natürlich nicht ohne Willkür und lässt einige wichtige politische und kulturelle Determinanten (ideologische Bindungen, Werteorientierung, Religion etc.) außer Acht. Die verwendeten Kriterien sind:

- Bildung: mittlere oder gehobene berufliche Qualifikation (mindestens ein Realschulabschluss mit anschließender abgeschlossener Berufsausbildung, typischerweise Hochschulabschluss); dieses Merkmal trifft auf rund 40 bis 60% der Befragten zu;

- Stellung im Beruf: Angestellte, Beamte, kleinere Freiberufler (erst seit 2000 ausgewiesen) und Selbständige mit einer geringen Zahl abhängig Beschäftigter; dieses Merkmal trifft auf rund 55 bis 60% der Befragten zu;
- Dienstleistungscharakter der ausgeübten Tätigkeit bzw. nichtmanuelle Arbeit; dieses Merkmal trifft auf rund 50 bis 65% der Befragten zu.

Wenn eine Person alle drei Merkmale erfüllt – oder in der Vergangenheit erfüllt hat², wird sie der »gesellschaftlichen Mitte« zugerechnet. Die gesellschaftliche Mitte umfasst in dieser Abgrenzung derzeit rund 45% aller Erwerbstätigen. Dabei erfolgte seit Anfang der 1980er Jahre (1984: 34%) eine deutliche Zunahme dieses Anteils, die insbesondere die im gleichen Zeitraum vollzogene Tertiarisierung der sektoralen Wirtschaftsstruktur widerspiegelt.

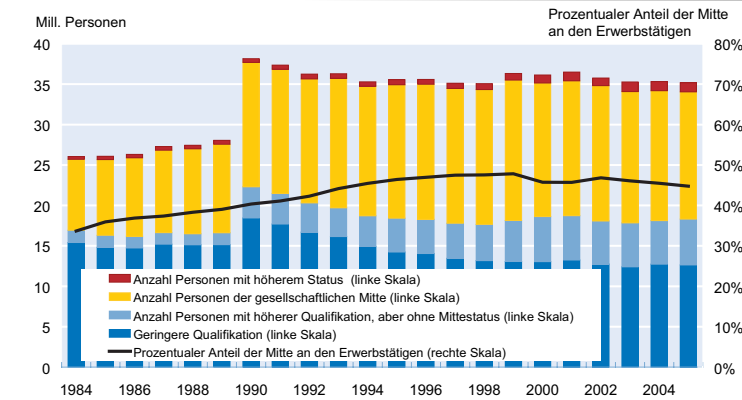
Zu beachten ist bei dieser Definition, dass eigentlich nur das erste Kriterium (Bildung) eine Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Mitte misst, die die hier betrachteten Personen – entsprechende Fähigkeiten vorausgesetzt – selbst schaffen können. Die beiden anderen Kriterien (Stellung im Beruf und Art der ausgeübten Tätigkeit) haben zugleich schon mit ihrem Erfolg am Arbeitsmarkt zu tun. Ergänzend werden im Folgenden daher auch einige Auswertungen für Personen vorgenommen, die zwar geeignete Qualifikationen aufweisen, aber eines oder beide der anderen Kriterien nicht erfüllen. Sie werden als Personen mit »höherer Qualifikation, ohne Mitte-Status« bezeichnet und bilden so etwas wie den (unteren) Rand der Mitte. Der Anteil dieser Personengruppe an den Erwerbstätigen hat sich im Beobachtungszeitraum von 6 auf 16% erhöht.

Von der Mitte nach unten abgegrenzt werden Personen – im Folgenden als Personen mit »geringem Status« bezeichnet –, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, Arbeiter und andere Personen in produzierenden und manuellen Tätigkeiten sowie Personen, die nicht erwerbstätig sind. Der Anteil dieser Gruppe von Erwerbstätigen mit geringerem sozioökonomischem Status nahm, im Wesentlichen begründet durch die zuvor beschriebenen Prozesse der Tertiarisierung und der Bildungsexpansion sowie durch eine höhere Partizipationsrate von Frauen, im Beobachtungszeitraum deutlich ab (1984: 59%; 2005: 36%).

Um die gesellschaftliche Mitte nach oben abzugrenzen, wird ferner eine Gruppe von Selbständigen und Freiberuflern mit zehn und mehr abhängig Beschäftigten sowie von anderen

² So ist z.B. die Einbeziehung vergangener beruflicher Stellungen notwendig, um Arbeitslosenquoten für die gesellschaftliche Mitte zu berechnen. Würde nur die gegenwärtige Stellung betrachtet, fielen Arbeitslose »Mitte-Angehörige« per Definition aus der Mitte heraus.

Abb. 1
Anteil der »gesellschaftlichen Mitte« an den Erwerbstätigen



Bis 1989: Daten für Westdeutschland; ab 1990: Daten für Gesamtdeutschland. Zur Abgrenzung der sozioökonomischen Gruppen vgl. die Erläuterungen im Text.

Quelle: SOEP (Wellen 1984–2005); Berechnungen des ifo Instituts.

Erwerbstätigen mit sehr hohen Einkommen gebildet. Im Folgenden wird diese Gruppe als Personen mit »höherem Status« bezeichnet. Als hohe Einkommen gelten hier – umgerechnet in Werte des Jahres 2000 – monatliche Brutto-Arbeitseinkommen von mehr als 6 000 €. Wie sich herausstellt, ist diese Gruppe der Befragten recht klein. 1984 betrug ihr Anteil nur gut 1%, dieser Anteil ist jedoch im Beobachtungszeitraum auf 3% gestiegen.

Befunde

Anteil der Mitte an den Erwerbstätigen

Abbildung 1 verdeutlicht, dass der Anteil der gesellschaftlichen Mitte an den Erwerbstätigen während der vergangenen 20 Jahre deutlich zugenommen hat. Teilweise ist diese Beobachtung (wie auch die Höhe des hier gemessenen Anteils) allerdings ein Artefakt der hier verwendeten Definition der Mitte. Darin wird auf den Dienstleistungscharakter der ausgeübten beruflichen Tätigkeit abgestellt, der in der Vergangenheit weniger verbreitet war. Bemerkenswerter ist daher die Beobachtung, dass die Zunahme des Anteils der gesellschaftlichen Mitte ab der Mitte der 1990er Jahre stagniert und dass sich für die letzten Jahre sogar ein leichter Rückgang abzeichnet. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil derjenigen Personen, die zwar ihrer Qualifikation nach die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Mitte erfüllen, aber keine entsprechende be-

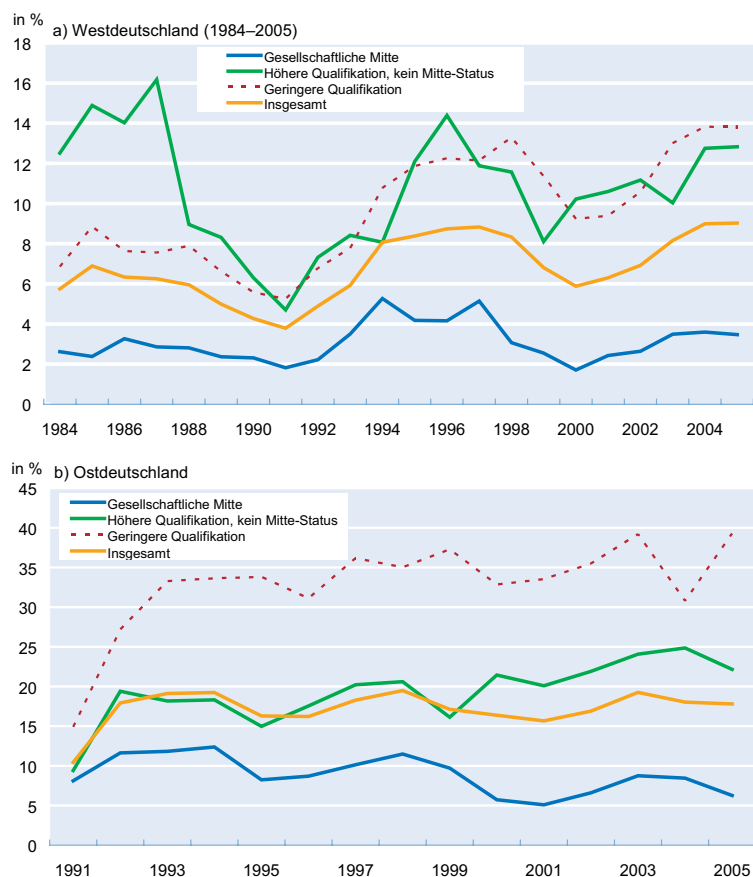
rufliche Stellung oder Tätigkeit erreicht haben, erhöht.

Arbeitslosenquoten der gesellschaftlichen Mitte im Vergleich zu anderen Gruppen seit 1984

Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen 30 Jahren zu einem zentralen Erwerbsrisiko geworden – auch für die gesellschaftliche Mitte. Wird nur ihre spezifische Arbeitslosenquote betrachtet (vgl. Abb. 2), scheint es zunächst, als ob die gesellschaftliche Mitte vor allem wegen ihrer höheren Qualifikationen bislang recht gut vor dem Verlust des Arbeitsplatzes geschützt ist. Die für sie gemessene Arbeitslosenquote schwankt – trotz einer

leichten Erhöhung in der Mitte der 1990er Jahre – nach wie vor nur um rund 3%. Dieses Ergebnis sollte allerdings nicht so interpretiert werden, dass Angehörige der Mitte generell

Abb. 2
Arbeitslosenquoten



Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen der jeweiligen Erwerbspersonengruppe.

Quelle: SOEP (Wellen 1984–2005); Berechnungen des ifo Instituts.

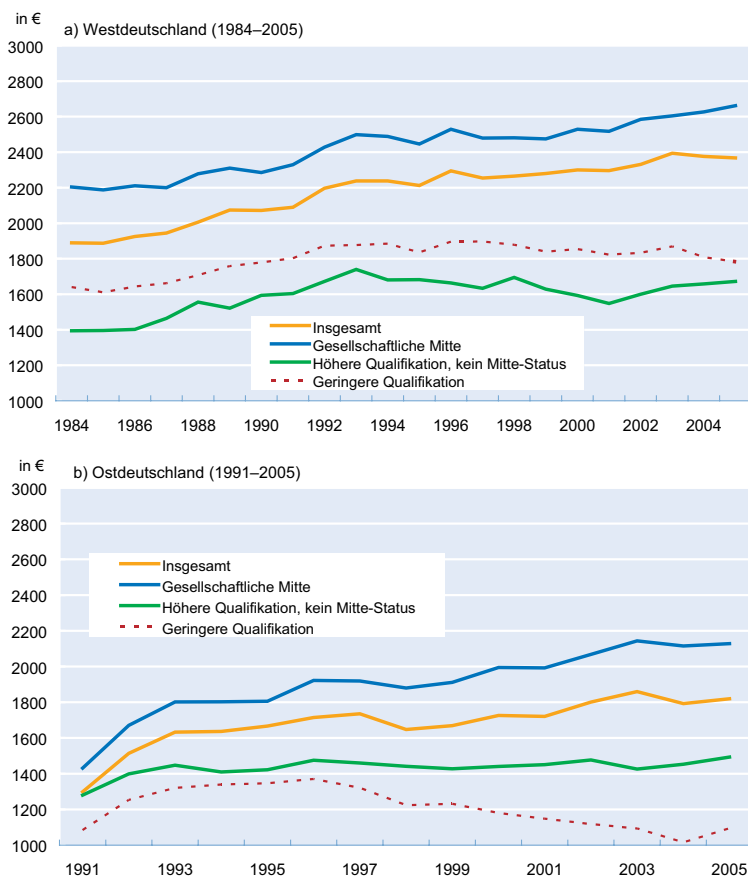
seltener arbeitslos werden. Ausschlaggebend für die weitgehende Konstanz der durchschnittlichen Arbeitslosenquote der Mitte ist vielmehr eine im Durchschnitt geringere Dauer der Arbeitslosigkeit in jedem Einzelfall. In Ostdeutschland ist die spezifische Arbeitslosenquote für Angehörige der gesellschaftlichen Mitte seit 1991, entgegen dem dortigen Trend, sogar leicht gesunken. Anders zeigt sich aber die Situation derjenigen, die zwar über formal höhere Qualifikationen verfügen, diese aber nicht in eine berufliche Tätigkeit umsetzen, welche es erlaubt, sie der gesellschaftlichen Mitte zuzurechnen. In Westdeutschland liegt die Arbeitslosenquote dieser Gruppe deutlich über dem Durchschnitt und teilweise sogar über der Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten. In Ostdeutschland ist die Gruppe der formal höher Qualifizierten erst seit Ende der 1990er Jahre von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffen.

Einkommen

Vielfach konnte man in den letzten Monaten Berichte über stagnierende oder sogar sinkende reale Haushaltseinkommen vernehmen (vgl. Statistisches Bundesamt 2006a; 2006b).³ In unserer Analyse lässt sich ein ähnlicher Befund für einige Erwerbspersonengruppen bestätigen (vgl. Abb. 3). Allerdings beziehen wir uns nicht auf Haushaltseinkommen, sondern betrachten allein die Bruttomarkteinkommen von Erwerbstätigen. Dementsprechend werden weder Transferinkommen noch Steuern und Abgaben berücksichtigt. Ohne Zweifel spielt staatliche Umverteilung für die letztendliche Einkommenssituation des Haushalts eine entscheidende Rolle, hier interessiert aber, welche Einkommen Individuen am Markt erwirtschaften können.

Die gesellschaftliche Mitte erzielt – aufgrund ihrer höheren Qualifikationen und ihrer beruflichen Stellung und Tätigkeit wenig überraschend – insgesamt nach wie vor überdurchschnittliche Einkommen. Der Abstand zum Durchschnitt scheint jedoch in jüngerer Zeit abzunehmen. In Westdeutschland lag ihr monatliches Brutto-Arbeitseinkommen im Jahr 1984 16% über dem des Durchschnitts, im Jahr

Abb. 3
Reale Brutto-Monatseinkommen



Reale Brutto-Monatslöhne (in Preisen von 2000).

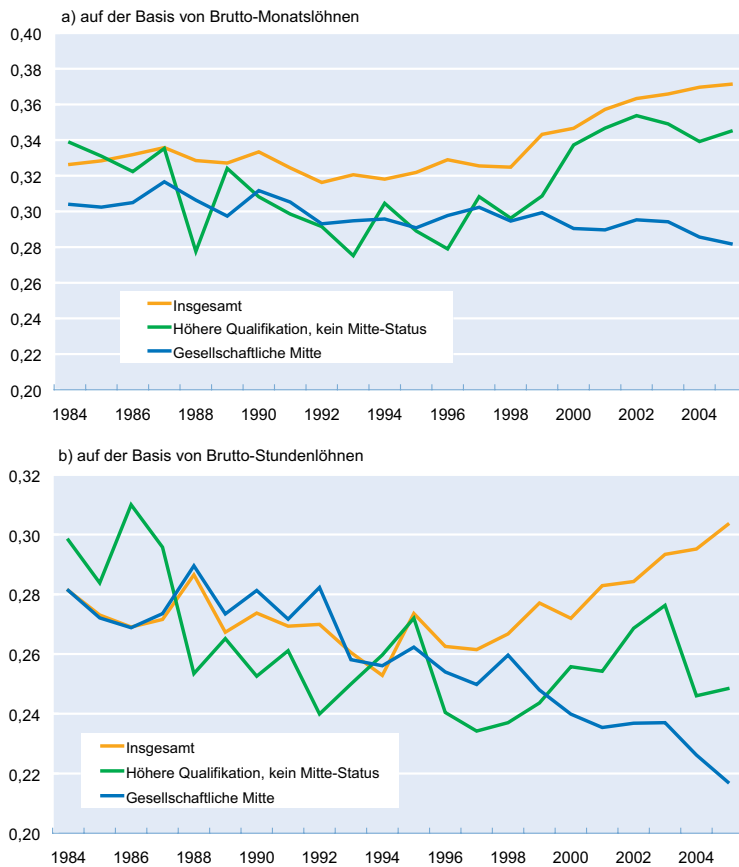
Quelle: SOEP (Wellen 1984–2005); Berechnungen des ifo Instituts.

2005 noch 12% darüber (vgl. Abb. 3a). In Ostdeutschland hat das Skill premium der gesellschaftlichen Mitte seit der Wiedervereinigung hingegen sogar zugenommen, von 10% im Jahr 1991 auf 17% im Jahr 2005 (vgl. Abb. 3b). Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Betrachtung monatlicher Nettoeinkommen (mit zusätzlichen Effekten eines insgesamt progressiven Abgabensystems) sowie von Stundenlöhnen. Der letztere Befund besagt, dass die auf der Ebene monatlicher Einkommen sichtbar werdenden Entwicklungen nicht durch divergierende Trends im Bereich durchschnittlicher Arbeitsvolumina (Vollzeit- und Teilzeitarbeit) der hier betrachteten Gruppen von Erwerbstätigen verzerrt werden.

Allerdings weist die Gruppe höher qualifizierter Personen, die aufgrund der von ihnen erreichten beruflichen Stellung und Tätigkeit hier nicht der Mitte zugerechnet werden, seit Anfang der 1990er Jahre allenfalls real stagnierende Einkommen auf, die in Westdeutschland sogar noch unter denen der monatlichen Bruttoeinkommen des Durchschnitts aller geringer Qualifizierten liegen. Für Ostdeutschland ergibt sich

³ Diese Entwicklung ist aber letztendlich dadurch begründet, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,26 Personen im Jahr 1991 auf 2,12 Personen gesunken ist. Pro-Kopf-Einkommen oder äquivalenzgewichtete Einkommen sind im betrachteten Zeitraum jedoch gestiegen.

Abb. 4
Gini-Koeffizienten in Westdeutschland (1984–2005)



Verteilung der realen Brutto-Monats- und Brutto-Stundenlöhne (umgerechnet in Preise von 2000).

Quelle: SOEP (Wellen 1984–2005); Berechnungen des ifo Instituts.

in dieser Hinsicht ein weniger extremes Bild. Zwar stagnieren auch hier die realen Brutto-Monatseinkommen dieser Gruppe seit etwa 1993, sie liegen jedoch immerhin über den parallel dazu tendenziell gefallenem Einkommen Geringqualifizierter, trotzdem aber unter dem allgemeinen Einkommensdurchschnitt.

Einkommensverteilung

Ein einfaches, direktes Maß für die Einkommensungleichheit ist der so genannte Gini-Koeffizient.⁴ Mit seiner Hilfe lässt sich zeigen, dass die Verteilung der monatlichen Bruttolöhne innerhalb der gesellschaftlichen Mitte von 1985 bis 2005 relativ stabil geblieben, ja sogar etwas weniger ungleich geworden ist, während sie für die Erwerbstätigen insgesamt zugenommen hat (vgl. Abb. 4.a). Letzteres gilt auch für diejenige Gruppe der Erwerbstätigen,

die zwar aufgrund ihres Bildungsstandes der Mitte zugerechnet werden könnten, nicht aber aufgrund ihrer beruflichen Stellung und Tätigkeit.

Noch deutlicher werden diese Tendenzen bei der Betrachtung von Stundenlöhnen (vgl. Abb. 4b). Gemessen an diesen hat die Ungleichheit innerhalb der gesellschaftlichen Mitte in den letzten 20 Jahren fast durchgängig und insgesamt deutlich abgenommen. Für alle Erwerbstätigen hat sie bis Mitte der 1990er Jahre hingegen zunächst abgenommen, seither ist sie aber, mit einer Beschleunigung in den letzten Jahren, wieder gestiegen. Die gerade schon hervorgehobene Gruppe formal höher Qualifizierter, die jedoch keine höhere berufliche Stellung mit Dienstleistungstätigkeit ausüben, weist hier tendenziell ebenfalls eine Abnahme, im Vergleich zur gesellschaftlichen Mitte dennoch eine höhere Ungleichheit auf. Der Unterschied in den Verläufen der Gini-Koeffizienten der monatlichen Bruttolöhne und der Stundenlöhne für diese Gruppe deutet im Übrigen darauf hin, dass sie im Zeitablauf weit mehr von vermehrter Teilzeit-Arbeit und anderen nicht-regulären Formen der Erwerbstätigkeit betroffen ist als die Angehörigen der gesellschaftlichen Mitte und auch der Durchschnitt aller Erwerbstätigen.

Politik für die Mitte

Die hier zusammengefassten Ergebnisse liefern gewisse Anzeichen, die in Richtung einer Erstarrung teilweise sogar einer Erosion am Rande der Mitte deuten. Hingegen fehlen Anzeichen eines anhaltenden Wachstums und einer Erneuerung, auch im Sinne neuer Zugänge in die Mitte, die dort bisher unterrepräsentiert sind. All diese Beobachtungen erweisen sich letztlich als symptomatisch für die tief liegende Insider-Outsider-Problematik auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Eine Politik für die Mitte sollte daher generell nicht auf »Besitzstandswahrung«, sondern speziell auf eine bessere Aufnahmefähigkeit und größere Flexibilität des Arbeitsmarktes abzielen, die sich nur durch größere Flexibilität bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und bei Zugängen und Abgängen in bzw. aus existierenden Stellen erreicht werden kann. Modelle, wie das nötige Maß solcher Flexibilität gleichwohl mit akzeptablen Standards an sozialer Sicherheit vereinbart werden kann, finden sich unter dem Begriff

⁴ Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen; ein Wert von 0 steht hierbei für eine absolute Gleichverteilung der Einkommen, 1 für die höchste Einkommensungleichheit.

der »Flexicurity« auch und gerade in europäischen Partner- und Nachbarländern Deutschlands (vgl. EU-Kommission 2006).

Ansonsten ist die Rolle der Politik für eine Stärkung und Erneuerung der gesellschaftlichen Mitte begrenzt, Fördermaßnahmen im engeren Sinn sind nicht angezeigt. Vor dem Hintergrund von Globalisierung und wirtschaftlichem Strukturwandel ergeben sich vielmehr mehrere, vielversprechende »Selbstversicherungsstrategien« für die betroffenen Individuen, vor allem in den Bereichen Bildung, Aufbau von Finanz- und Sachvermögen sowie durch erhöhte berufliche und regionale Mobilität. Jede dieser Strategien kann vom Staat mit geeigneten Maßnahmen flankiert werden.

Individuelles Bildungsstreben kann durch die Mobilisierung finanzieller Ressourcen für das Bildungssystem (z.B. in Form von Bildungskrediten und Stipendien) und die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb der Bildungseinrichtungen unterstützt werden. Anlass für staatliche Aktivitäten ergibt sich auch bei der Gestaltung neuer Strukturen der beruflichen Weiterbildung, mit einer Orientierung hin zum »lebenslangen Lernen«. Nicht zuletzt sollte der Staat die Arbeitsmärkte öffnen, weil dies auf die Bildungsanreize zurückwirkt und bessere Voraussetzungen für die von vielen Seiten gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen.

Kapitaleinkommen werden sich in Zukunft weitaus dynamischer entwickeln als Erwerbseinkommen. Individuelle Vermögensbildung sowie Existenzgründungen stellen daher weitere wichtige Handlungsoptionen für Angehörige der gesellschaftlichen Mitte und solche, die es werden wollen, dar. Denkbar sind dabei auch betriebliche Arrangements, z.B. vom Arbeitgeber (mit)finanzierte »Mehrzweck-Sparpläne«, auf die im Falle von Arbeitslosigkeit, Weiterbildung, Familiengründung oder Alter zurückgegriffen werden kann. Der Staat ist dabei vor allem bei der erforderlichen Regulierung der Finanzmärkte gefragt, um solche Formen der Vermögensbildung institutionell abzusichern und ihre Portabilität zu gewährleisten.

Vieles Weitere kann und muss der Initiative der betroffenen Individuen selbst überlassen werden. Entscheidend ist, Angehörige der gesellschaftlichen Mitte und Aspiranten auf einen Platz in ihr als die eigentlichen Gestalter ihrer Zukunft und damit auch als Hauptakteure des laufenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels zu sehen. Sie können und sollten sich an das gewandelte weltwirtschaftliche Umfeld anpassen und dabei die zukünftige Rolle der gesellschaftlichen Mitte selbst aufdecken.

Literatur

- Downs, A. (1957), *An Economic Theory of Democracy*, Harper and Row, New York.
- EU-Kommission (2006), »Thema Spezial: Flexicurity, Sozialagenda«, *Magazin der Europäischen Kommission für Beschäftigung und Soziales* 13, 15–20.
- HIS (Hrsg., 2004), »Zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt: Eine Befragung der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen des Jahres 2001«, HIS-Projektbericht, http://www.bmbf.de/pub/his_projektbericht_12_03.pdf.
- Olson, M. (1965), *The Logic of Collective Action*, Harvard Univ. Press, Boston, MA.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2006a), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten 1991 bis 2005*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2006b), *Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.